

Offensive gegen Fachkräftemangel

Bündnis von Landesregierung und Wirtschaft

VON DIRK STELZL

Hannover. Mit einer „Qualifizierungsoffensive“ sollen die Bildungschancen in Niedersachsen verbessert und der Fachkräftenachwuchs gesichert werden. Eine entsprechende Erklärung haben gestern Landesregierung, Unternehmerverbände, Kammern und die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit in Hannover unterzeichnet.

Sie wollen erreichen, dass mehr Jugendliche einen gewerblich-technischen Beruf erlernen oder eine sogenannte MINT-Studium absolvieren – also Mathematik, Informatik, eine Naturwissenschaft oder ein technisches Fach studieren. Die Gewerkschaften hatten das Bündnis verlassen, weil sie das Programm für „praxisfern“ halten und wichtige Forderungen der Arbeitnehmer nicht berücksichtigt worden seien.

Qualifizierte Fachkräfte gebe es „nicht auf Knopfdruck“, sagte Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP). „Wir müssen daher schon heute die Weichen für morgen stellen und in der Schule mit konkreten Maßnahmen beginnen.“ Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) wies darauf hin, dass die Zahl der Schulabsolventen bereits jetzt leicht zurückgehe und von 2020 an die

geburtstarken Jahrgänge aus dem Erwerbsleben ausschieden.

Mit der „Qualifizierungsoffensive“ sollen Jugendliche früh für „MINT“-Fächer begeistert werden. Die Landesregierung werde die Unterrichtsversorgung in diesen Fächern verbessern, hieß es. Land, NiedersachsenMetall sowie die Industrie- und Handelskammer (IHK) Hannover haben versprochen, dass die „Ideen-Expo“ in Hannover auch nach 2009 alle zwei Jahre stattfinden soll. Es gebe Zusagen für 2011, 2013 und 2015, sagte Wulff.

Die Partner des Bündnisses möchten, dass der Anteil der Studienanfänger pro Jahrgang von 31 auf 40 Prozent steigt. An den Hochschulen sollen mehr Studienplätze geschaffen werden. Ziel ist auch, dass sich mehr junge Frauen für technische Studienfächer entscheiden. Vorgesehen ist überdies, dass Nachwuchskräfte mit Berufsabschluss, aber ohne Abitur bessere Möglichkeiten haben, ein Studium zu beginnen. Dafür soll das Niedersächsische Hochschulgesetz geändert werden. Weiteres Vorhaben: Mitarbeiter sollen Beruf und Familie besser vereinbaren können. An die Unternehmen richtet sich der Appell, den Beschäftigten Chancen zur Weiterqualifizierung zu geben. Zusätzliche Haushaltsmittel seien für die Offensive



Bündnis für Bildung: Wirtschaftsminister Philipp Rösler, Ministerpräsident Christian Wulff, UVN-Präsident Werner Michael Bahlsen und Hannovers IHK-Präsident Hannes Rehm (von links). dpa

nicht vorgesehen, sagte Rösler. Bereits bestehende Programme sollten besser „vernetzt“ werden.

Regierung und Unternehmerverbände wiesen die Kritik der Gewerkschaften an dem Programm zurück, das IG-Metall-Bezirksleiter Hartmut Meine als „Luftnummer“ bezeichnet hatte. Wulff erklärte, dass der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) „ausgesprochen konstruktiv“ mitgearbeitet habe – doch dann habe er Forderungen erhoben, die man nicht habe erfüllen können. Der DGB hatte darauf gedrängt, dass die Unternehmen betriebsbedingte Entlassungen vermeiden und Auszubildende nach der Lehre übernehmen sollten. „Wir wollen nicht das Instrument des

Zwangs“, betonte Wulff. Der Präsident der Unternehmerverbände Niedersachsen (UVN), Werner Michael Bahlsen, sprach angesichts der Vorwürfe der Gewerkschaften von einer „Verdrehung der Tatsachen“.

Kritik an dem Konzept äußerte SDP-Landtagsfraktionschef Wolfgang Jüttner. Die Offensive sei unzureichend und einseitig auf die Interessen der Arbeitgeberverbände und Kammern ausgerichtet. Die Grünen-Bundestagsabgeordnete Brigitte Pothmer sagte: „Wir bezweifeln, dass von dieser Zusammenstellung frommer Appelle und wackerer Absichtserklärungen tatsächlich ein Impuls zur Bekämpfung des Fachkräftemangels ausgehen wird.“ (mit: dpa)